Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

POLITISCHER FÜHRUNGSWECHSEL IN BONN UND LONDON

Am 15. Oktober überreichte in Bonn Bundespräsident *Lübke* dem scheidenden Bundeskanzler *Adenauer* die Entlassungsurkunde, und einen Tag später wählte der Deutsche Bundestag mit 279 gegen 180 Stimmen den bisherigen Wirtschaftsminister Professor *Ludwig Erhard* zum neuen Bundeskanzler.

Fast auf die Minute genau 48 Stunden später wurde der britische Außenminister Lord *Home* in den Buckinghampalast gerufen, um von der Königin die Ernennung zum Premierminister entgegenzunehmen. Innerhalb der knappen Zeitspanne von zwei Tagen wechselten die beiden volksreichsten Länder Westeuropas ihre Regierungschefs — zwei Ereignisse ohne sichtbaren Zusammenhang und doch beide bestimmt, die politische Entwicklung Europas und der freien Welt nachhaltig zu beeinflussen.

Die Ablösung in Bonn

Adenauers Abschied aus dem Palais Schaumburg vollzog sich reibungsloser als man in Bonn befürchtet hatte. Der alte Kanzler absolvierte während mehrerer Wochen eine respektable Tour strapaziöser Visiten, die ihn von Cadenabbia über Rom und Paris zurück nach Deutschland führte und in der Verabschiedungszeremonie vor dem Bundestag Höhepunkt und Abschluß fand. Bundestagspräsident *Gerstenmaier* würdigte die Bedeutung der Stunde, indem er, zu Adenauer gewandt, auf den symbolhaften Charakter dieses Zurücktretens ins Glied hinwies: «Am 15. September 1949 haben Sie sich hier von Ihrem Abgeordnetensitz erhoben, um den Platz des Bundeskanzlers der Bundesrepublik einzunehmen. Heute verlassen Sie ihn wieder mit einer geschichtlichen Leistung, ungebeugt und in Ehren. Damals standen Sie auf und traten vor das Haus. Heute steht der Deutsche Bundestag vor Ihnen auf, Herr Bundeskanzler, um für das deutsche Volk dankbar zu bekunden: Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht.»

Adenauers historische Leistung ist tatsächlich eine einmalige. Kaum ein Staatsmann der neueren Geschichte fand bei seinem Amtsantritt ein ähnliches Trümmerfeld vor wie Adenauer 1949. Das Erbe der Vorgänger war ein furchtbares: das Land von den siegreichen Gegnern besetzt, die Städte in Trümmern, das wirtschaftliche Leben noch leidend unter den Folgen des Krieges und der Notjahre 1945—1948, die Industrie noch immer von der Demontage bedroht. Was aber ungleich schwerer wog als alle materiellen Schäden war das Mißtrauen der ganzen Welt gegen ein Land, dessen politische Führer 1939 einen der schrecklichsten Kriege entfesselt und die von ihnen unterworfenen europäischen Länder mit beispielloser Brutalität terrorisiert hatten. In der kurzen Frist von vierzehn Jahren gelang es Adenauer, diese Hypothek zwar nicht zu beseitigen, aber doch weitgehend abzutragen. Es mag nur indirekt sein Verdienst sein, daß die deutschen Städte so rasch wieder neu erstanden und die Wirtschaft eine Periode anhaltender Konjunktur erlebte. Daß das Vertrauen der Welt in den deutschen Namen wieder hergestellt wurde, daß es gelang, die Bundesrepublik vertraglich an den freien Westen zu binden, daß die jahrhundertealte Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland überwunden wurde — all das aber bleibt unauflöslich verknüpft mit dem Namen Adenauer. Seine Person und seine Politik waren zwischen 1949 und 1963 der Garant für die Kontinuität der deutschen Entwicklung.

Das Erbe für Erhard

Wo Licht ist, da ist freilich auch Schatten; vierzehn Jahre genügten nicht, um alle Probleme zu lösen. Adenauer hinterläßt seinen Nachfolgern als wichtigste nationale Forderung die *Wiedervereinigung Deutschlands*, deren Verwirklichung heute ferner zu sein scheint als je. Er übergibt dem politisch wenig profilierten Erhard aber auch ein Amt, dem er in den langen Jahren seiner Kanzlerschaft seinen eigenen Zuschnitt gegeben hat. Adenauer regierte länger als jeder deutsche Kanzler seit Bismarck; seine Ära übertrifft an zeitlicher Dauer die ganze Weimarer Epoche, in der zwölf verschiedene Kanzler rund zwanzig verschiedenen Kabinetten vorstanden. Das Grundgesetz verleiht dem Bundeskanzler von vornherein eine starke Stellung sowohl innerhalb der Regierung als auch gegenüber dem Parlament, das ihn nur durch ein *konstruktives Mißtrauensvotum*, das heißt durch die Wahl eines Nachfolgers, stürzen kann. Adenauer hat es verstanden, diese konstitutionell fundierte Position auszubauen und sie mit einer überragenden persönlichen Autorität zu erfüllen, so daß es schon zur Amtszeit des alten Kanzlers vorauszusehen war, daß jeder Nachfolger es einmal schwer haben würde, in die Fußstapfen des Vorgängers zu treten.

Erhards erste Schritte auf dem ihm noch ungewohnten politischen Parkett waren von ungewöhnlicher Vorsicht. Seine *Regierungserklärung* hielt sich in allgemeinen Wendungen. Der Akzent lag auf der Kontinuität der deutschen Politik im Rahmen der atlantischen Allianz und der Fortführung der Europapolitik; eine Abkehr von seinem Vorgänger deutete Erhard nur in der von ihm schon lange verfochtenen These vom notwendigen «Stilwandel» an. Auf die ersten Schwierigkeiten stieß Erhard bei der personellen Zusammensetzung des Kabinetts; die Lösung, die er fand, hat zwar den freidemokratischen Koalitionspartner befriedigt, bei Erhards eigener Partei, der CDU/CSU, hingegen Verstimmung hinterlassen, da der erst im vergangenen Dezember in die Regierung eingetretene Minister für gesamtdeutsche Fragen, *Rainer Barzel*, seinen Posten an den gleichzeitig als Vizekanzler amtierenden FDP-Chef *Erich Mende* abtreten mußte. Aber auch Erhard konnte seine Wünsche nicht uneingeschränkt durchsetzen; sein Plan, den bisherigen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, *Ludger Westrick*, zum Wirtschaftsminister zu machen, scheiterte; Westrick übersiedelt nun mit Erhard ins Palais Schaumburg, um die durch den Rücktritt Globkes freigewordene Staatssekretärstelle zu übernehmen.

Diese Friktionen wiegen jedoch gering gegenüber den großen Problemen, die in den nächsten Monaten auf Erhard zukommen: er wird schon Ende November mit den Differenzen innerhalb der westlichen Allianz konfrontiert werden, wenn er seine Antrittsbesuche bei de Gaulle und Kennedy machen wird. Erhards Taktik im Kräftespiel zwischen Paris und Washington wird für ihn eine *politische Bewährungsprobe* sein, von deren Ausgang das weitere Schicksal des Kabinettes Erhard entscheidend mitbestimmt wird, da die Frontstellungen innerhalb der atlantischen Allianz sich bereits im innenpolitischen Leben der Bundesrepublik — etwa angedeutet durch die Positionen Außenminister *Schröders* und des CSU-Vorsitzenden *Strauß* — zu widerspiegeln beginnen.

Von Macmillan zu Lord Home

Während die Ersetzung Adenauers durch Erhard planmäßiger Abschluß eines langen Prozesses war, bei dem sowohl der Nachfolger als auch der Termin der Ablösung schon seit Monaten praktisch feststanden, erlebte Großbritannien in den letzten Wochen eine Regierungskrise, deren dramatischer und wechselvoller Verlauf den Ausgang bis zum letzten Augenblick im ungewissen ließ. Macmillans Position war seit dem Aufbrechen der *Profumo-Affäre* im vergangenen Juni so geschwächt, daß nur ein Wunder den Premier vor der Demission hätte retten können. Die Hoffnung auf eine solche Wendung erfüllte sich nicht; auf dem für Mitte Oktober in *Blackpool* anberaumten Parteikongreß der Konservativen drohte die Führungskrise offen auszubrechen. Ein plötzlich auftretendes

Leiden veranlaßte den Premierminister, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, sondern schon am Vorabend des Kongresses, am 10. Oktober, seine Rücktrittsabsicht bekanntzugeben.

Der Kampf um die Nachfolge dauerte genau eine Woche. Favoriten waren vor allem der stellvertretende Premierminister *Butler* und Wissenschaftsminister Lord *Hailsham*, der schon zum voraus ankündigte, er werde auf seine Peerswürde verzichten, um im Unterhaus auftreten zu können... Aus dem Ringen der beiden Nachfolgekandidaten ging ein dritter als Sieger hervor: Macmillans enger politischer Vertrauter und letzter Außenminister seiner Regierung, Lord *Home*. Es war eine Ernennung, die in weiten Kreisen der Konservativen selbst heftiger Opposition begegnete, da ein Lord im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als der geeignete Mann erscheint, um die Konservativen siegreich im kommenden Wahlkampf zu führen. Aus Protest gegen Lord Home schieden *Macleod* und *Powell* aus dem Kabinett aus; der enttäuschte Butler wurde mit dem Foreign Office abgefunden. Im übrigen übernahm Lord Home ohne größere Änderungen das Kabinett Macmillan; von Bedeutung erscheint neben der Versetzung *Heaths* ins Handelsministerium vor allem die Rückkehr des von Macmillan kaltgestellten früheren Außenministers *Selwyn Lloyd* ins Kabinett, in dem er das Amt des Lordsiegelbewahrers und, als Nachfolger Macleods, die Führung des Unterhauses übernehmen wird.

Bilanz der Regierung Macmillan

Macmillan räumt seinen Platz in einem Augenblick, da die Chancen der Konservativen Partei ebenso schlecht stehen wie bei seinem Amtsantritt im Januar 1957. Damals hatte Macmillan die Aufgabe, als Nachfolger Edens das *Suezabenteuer* zu liquidieren. Er hat das, wie man heute rückblickend feststellen kann, mit Umsicht durchgeführt und das Prestige Großbritanniens so gut es ging zu wahren verstanden. Mit Geschick lenkte er auch den durch das Drängen der afrikanischen und asiatischen Länder nach Selbständigkeit notwendig gewordenen Umbau des Commonwealths in geordnete Bahnen; er sprach vom «wind of change» und richtete die Segel seines Regierungsschiffes danach. Unter seiner Regierungszeit erhielten die meisten ehemaligen britischen Kolonien und Protektorate in Afrika ihre Unabhängigkeit.

Eine weniger glückliche Hand zeigte Macmillan in seiner Verteidigungspolitik, deren Problematik Ende letzten Jahres nach der Konferenz von Nassau klar zutage trat und für die bis heute keine befriedigende Konzeption gefunden werden konnte. Ein völliges Fiasko schließlich erlebte der Premier mit seinem Versuch, Großbritannien in die EWG zu führen. Das Veto de Gaulles vom 14. Januar führte zwei Wochen später zum Zusammenbruch der Brüsseler Gespräche, was praktisch das Ende der von Macmillan befürworteten britischen Europapolitik bedeutete. Das Debakel von Brüssel hat dem Kabinett Macmillan politisch das Rückgrat gebrochen. Die durch ihre außenpolitischen Niederlagen geschwächte konservative Regierung, die zudem unter dem Druck des näherrückenden Wahltermins stand, konnte es nicht verhindern, daß ein Sittenskandal wie die Profumo-Affäre, der unter normalen Umständen mit der Demission des fehlbaren Ministers beigelegt worden wäre, immer weitere Kreise zog. Das allgemeine Malaise fand hier einen Ansatzpunkt, um sich Luft zu verschaffen; Opfer der Mißstimmung wurde schließlich als der sichtbarste Repräsentant politischer Verantwortlichkeit der Premierminister selbst.

Wahlen

Wichtigstes Ziel von Macmillans Nachfolger Lord Home, der auf seinen Titel verzichtete und sich als Sir *Alec Douglas-Home* bei einer Nachwahl ins Unterhaus abordnen lassen wird, ist der Sieg bei den Parlamentswahlen, die spätestens im Herbst 1964 stattfinden müssen. Seine Aufgabe deckt sich damit in der äußeren Form wenigstens mit dem ungeschriebenen Auftrag, den in der Bundesrepublik Deutschland Erhard von der Bun-

destagsfraktion der CDU/CSU erhalten hat. Erhard wie Lord Home, die unter so verschiedenartigen Umständen fast gleichzeitig die Regierungsverantwortung in ihren Ländern übernommen haben, sollen ihren Parteien die Gunst der Wähler sichern. Beide gehen mit gewissen Handicaps in den bevorstehenden Kampf: Erhard im Schatten seines erfolgreichen, politisch gewandten Vorgängers, Lord Home als ein in der eigenen Partei umstrittener Exponent eines konservativen Torytums. Sollten die beiden neuen Regierungschefs — Lord Home im nächsten Jahr, Erhard 1965 — die Wahlen verlieren, so würde sich das politische Gesicht Westeuropas in kürzester Zeit grundsätzlich wandeln. Der politische Führungswechsel, der Mitte Oktober 1963 fast gleichzeitig in Bonn und London erfolgte, wäre dann zum Auftakt einer bedeutsamen Wende in der internationalen Politik geworden.

Fabius

DIE KRISE DES KOMMUNISMUS UND DER WESTEN

Seit zehn Jahren befindet sich der internationale Kommunismus in einer tiefen, permanenten Krise. Sie begann mit dem Kampf der Diadochen im Kreml, die sich über die ihnen anvertraute Erbschaft und noch mehr über die Methoden der künftigen Verwaltung des Imperiums nicht einigen konnten. Sie hat sich nach und nach auf die benachbarten Bereiche der Wirtschaft und Kulturpolitik in der Sowjetunion und auch in den Satellitenstaaten ausgedehnt und erreicht jetzt in dem sowjetisch-chinesischen Konflikt ihren vorläufigen Höhepunkt. Ungeachtet dieser für jeden einigermaßen vernünftig denkenden Menschen unbestreitbaren Tatsachen ließ sich der Westen im Laufe dieser Jahre in der Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Kommunismus in Europa auf den deutschen Brückenkopf zurückdrängen und scheint heute, auf dem Tiefpunkt der inneren kommunistischen Zerwürfnisse, hie und da Tendenzen aufzuweisen, die unter dem Mantel der Entspannungspolitik eine neue Welle von Apeasement und Minimalismus ankündigen. Man hat schon längst den Beziehungspunkt zwischen der Unterjochung Osteuropas und der Teilung Deutschlands sowie Berlins aus der Sicht verloren und den kausalen Zusammenhang zwischen der Wortbrüchigkeit Stalins und den Bestrebungen seiner Epigonen, die Eroberungen des Tyrannen zu behalten, vergessen, wodurch sich automatisch der Spielraum der westlichen Diplomatie auf ein bedrohliches Minimum verringert. Statt das Nachfolgeregime Stalins auf die in den internationalen Abmachungen der Sowjetunion mit den Westmächten verbrieften und dann brutal verletzten Rechte für Selbstbestimmung, freie Wahlen und Freizügigkeit der Bürger in Ost- und Südosteuropa zu erinnern und von diesem Regime die Wiedergutmachung dieser Vertragsbrüche als einen selbständigen Beitrag zur Entstalinisierung zu verlangen, überließ man das Schicksal der Völker der Satellitenstaaten den privaten und karitativen Organisationen, welche mit Rundfunksendungen die unterjochten Völker darüber unterrichten, wie schlecht das kommunistische System sei und wie gut man im Westen leben kann. Die Schlußfolgerung, die von den Unterdrückten in Osteuropa gezogen wird, ist die, daß dort der Glaube an den Westen ständig abnimmt und die integre politische Substanz in diesen Ländern, die man doch am Leben erhalten sollte, schwindet. Immerhin sind die Satellitenländer noch in einer besseren Position als zum Beispiel die baltischen Völker, die formell in den Augen des Westens den Status der Satellitenstaaten besitzen; die freie Welt hat ja den Raub des Territoriums der drei baltischen Staaten durch Moskau nie anerkannt, aber in der Praxis ist dieses Problem schon längst zur Frage des diplomatischen Niemandslandes geworden, und es scheint, daß es zur Zeit nicht einmal einen

einzigen westlichen Sender gibt, der für die Esten, Letten und Litauer ein ständiges Programm senden würde.

Trotzdem befinden sich die Balten im Vergleich mit der Position, von der aus die Westmächte das Problem des sowjetischen Völkergefängnisses in seinen Grenzen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg behandeln, in einer geradezu blendenden Situation. Denn auf diesem Feld feiert der westliche Immobilismus beispiellose Triumphe, die nur mit der Verschwörung der Herrschenden gegen die Beherrschten aus der Zeit der Heiligen Allianz verglichen werden können. Wenn man bedenkt, welche Begeisterung im Kampf um die Emanzipation der Völker Afrikas herrscht und welche Summen an Geld und Verausgabungen an Energie für dieses Ziel verwendet werden und zugleich jede Erwähnung des russischen, politischen, ökonomischen, sprachlichen und kulturellen Kolonialismus sozusagen als Todsünde in der westlichen Welt angesehen wird, glaubt man manchmal Zeitgenosse und Augenzeuge einer massenhaft um sich greifenden politischen Schizophrenie zu sein. Das alles geschieht, während gleichzeitig im Westen Berge gescheiter, oft haarscharfer Analysen über die Vorgänge im Osten wachsen. Demnach kann sich keiner der westlichen Politiker heute hinter der bequemen Ausrede aus früheren Epochen verschanzen, daß man von den Prozessen, die in Rußland vor sich gehen, nichts Genaues weiß und deshalb auch das Risiko irgendwelcher Konzeptionen nicht eingehen kann. Weder ist die Sowjetunion heute eine «russische Sphinx» noch stellen die Satellitenstaaten «ein Buch mit sieben Siegeln» dar. Die akute Krise des kommunistischen Systems spielt sich vor den Augen der am Eisernen Vorhang oft mit gelangweilten Mienen stehenden Zaungäste aus der freien Welt völlig ungeniert ab. Die Folge ist, daß diese Krise seit geraumer Zeit nach den eigenen Gesetzen verläuft und, ungeachtet der ganzen Passivität des Westens, den kommunistischen Machthabern im Osten immer wieder neuen Grund für Kummer bereitet. Das wiederholt sich ständig seit dem denkwürdigen Revolutionsjahr 1956. Aber hypnotisiert von den soziologischen Lehren über die automatisch sozusagen gesetzmäßige Umwandlung der totalitären kommunistischen Systeme in die Zukunftsgesellschaft der konsumierenden Spießer, läßt man mit bedauernswerter Gleichgültigkeit und Stupidität Spannungen und Tragödien, Verfolgungen von Intellektuellen, Erhebungen von Studenten und Arbeitern, Streikwellen, Wirtschafts- und Agrarkrisen vorbeiziehen und klopft zugleich die Unduldsamen, die des ewigen Immobilismus überdrüssig sind, auf die Finger, damit sie die «Transmissionsperioden» oder vielleicht die Schwierigkeiten bei den Wachstumsetappen der neuen Gesellschaft nicht stören. Dabei übersehen diese Neunmalklugen, daß die Überreste an humanen Idealen, politischen Überzeugungen, Grundsätzen und wirtschaftlicher Gesittung, die aus der stalinistischen Hölle und aus dem Inferno der Okkupation Hitlers herübergerettet wurden, immer mehr und mehr der wüsten Demoralisierung, geistig-politischer Korrumpiertheit und wirtschaftlicher Auflösung zum Opfer fallen. Wer mit dem Phänomen des Zeitgeschehens im unterdrückten Osteuropa tagtäglich konfrontiert wird, der ist außerstande, zu erklären, daß dafür nur das kommunistische System verantwortlich ist. Der stille Verrat an dem Freiheitsgedanken der Völker Ost- und Mitteleuropas, der vor 25 Jahren im Münchnerabkommen über das Schicksal der Tschechoslowakei begründet worden war und in Jalta zu einem neuen, viel zäheren Leben erweckt wurde, spielt dabei eine fast ebenbürtige Rolle, für die man eines Tages einen hohen Tribut zahlen wird.

Auch im jetzigen Augenblick, in dem der Kommunismus drei große Krisen durchmacht, nämlich den Zerfall in zwei feindliche Lager, das Versagen der Agrarpolitik und den zwar schon halb unterdrückten, aber noch immerwährenden Aufstand der Intellektuellen, bleibt der Minimalismus als Hauptmerkmal der westlichen Ostpolitik bestehen. Behindert durch die Vision der eigenständigen Entwicklungsgesetze der sowjetischen Gesellschaft und zugleich von dem Gedanken einer solchen Wandlungsfähigkeit fasziniert, ähnelt die freie Welt, die zusätzlich noch in die familiären Fehden zwischen

dem amerikanischen Führungsanspruch und den europäischen kontinentalen Aspirationen verstrickt ist, einem ohnmächtigen Riesen, den die Götter zur ewigen Untätigkeit verurteilt haben, von der er sich aus eigener Kraft nicht befreien kann und auf ein Wunder wartet, das wahrscheinlich noch lange — vielleicht überhaupt nicht kommen wird. Auch wenn man die Abnützungserscheinungen des jahrelang geführten kalten Krieges in Betracht zieht und den in der Wohlstandsgesellschaft begründeten Hang zur Bequemlichkeit berücksichtigt, bleibt die Passivität der westlichen Staatsmänner auf dem politischen Feld der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus unverständlich. Die Alternativen zum heutigen Minimalismus sind durchaus vorhanden, und zwar nicht auf den Schlachtfeldern eines atomaren Krieges, wie man es uns stets von sowjetischer und leider manchmal auch von amerikanischer Seite einreden will, sondern in einer aktiven Politik, die sich sogar im Rahmen der Auffassungen führen ließe, die in Washington seit geraumer Zeit unter dem Schlagwort «Friedensstrategie» lanciert werden.

Alexander Korab

FRANKREICHS MILITÄRPOLITIK

Frankreichs Armeeminister *Pierre Messmer* entwickelt in der *Revue de Défense Nationale* (Mai 1963) unter dem Titel *Notre politique militaire* die Grundzüge der französischen Verteidigungskonzeption für die Zeitspanne von 1963 bis 1970 und die Organisation der französischen Streitkräfte. Wesentliche Teile dieses Aufsatzes sind in nachstehendem Auszug festgehalten:

Frankreich wird bald über *drei Systeme* bewaffneter Streitkräfte verfügen. Das erste ist *die strategische Kernwaffenstreitmacht*, «Force de frappe» genannt. Sie hat die Aufgabe der Abschreckung. Wenn sich diese als wirkungslos erweist, soll die «Force de frappe» die vorher bestimmten feindlichen Objekte in kürzester Zeit mit stärksten Kernsprengköpfen vernichten. Eine erste Generation dieser Nuklearstreitmacht wird aus 50 Bombern «Mirage IV» bestehen, die eine Geschwindigkeit von Mach 2 (doppelte Schallgeschwindigkeit, ca. 2400 km/h) erreichen können und im Kriegseinsatz Entfernungen von 2500 km ohne Auftanken und von 4800 km mit Auftanken im Flug zurücklegen können. Jedes Flugzeug wird eine Atombombe mit einer Sprengkraft von 50 000 bis 60 000 Kilotonnen TNT (dreifache Wirkung der Hiroshimabombe) befördern. Die ersten Flugzeuge mit den ersten Bomben sollen noch im laufenden Jahr betriebsbereit sein; die letzten sollen Ende 1966 ausgeliefert werden.

Von 1968/69 an folgt eine zweite Generation mit Raketen und Wasserstoffbomben. Als Abschußrampen sind drei atomgetriebene Unterseeboote zu je 16 Raketen vorgesehen, deren erstes 1969 aktionsbereit sein soll.

Die der strategischen Nuklearstreitmacht gesetzten Ziele können nur demographischer und industrieller Natur sein, das heißt feindliche Städte, weil es die einzigen Objekte sind, die einen Abschreckungswert haben könnten. Die Drohung mit diesen Mitteln kann auf den Kriegswillen des Gegners einen entscheidenden Einfluß ausüben, und ihr Einsatz im Falle einer tödlichen Gefahr für das Land kann die Welt in die atomare Apokalypse stürzen. Die Bestimmung der Aufgaben und der Einsatzbefehl für die strategische Nuklearstreitkraft können deshalb nur Sache des Staatschefs selbst oder, falls er ausfallen sollte, der Persönlichkeiten sein, denen diese Verantwortung im voraus übertragen worden ist. Da man voraussehen muß, daß einige der für den Atomeinsatz Verantwortlichen in wahnsinniger oder verbrecherischer Absicht zu weit gehen oder, im Gegenteil,

aus Gewissensgründen zurückschrecken können, müssen besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Es müssen zwei verschiedene Befehlsstrukturen vorliegen, eine für die Träger, die andere für die Sprengköpfe, über die getrennt, aber gleichzeitig die Befehle unmittelbar vor dem Abwurf oder dem Abschuß erteilt werden. An Bord der Flugzeuge oder Raketen müssen schwarze Kästen installiert sein, die direkt von der politischen Autorität, welche den Einsatzbefehl erteilt, ferngesteuert werden und mit denen die Waffe gesperrt werden kann.

Das *zweite System* bilden die *Eingreifstreitkräfte* (forces d'intervention), deren Einsatz geschmeidiger ist und weniger verheerende Folgen hat. Ihre Aufgabe besteht darin, einen Feind zu bekämpfen und aufzuhalten, der Frankreich oder seine Verbündeten in einem atomaren oder klassischen Krieg angreift. Diese Streitkräfte des Heeres, der Marine und der Luftwaffe müssen in der Lage sein, in Europa wie außerhalb Europas einzugreifen, im Rahmen des Atlantischen Bündnisses wie außerhalb dieses Bündnisses. Das Heer wird an diesen Eingreifstreitkräften mit 6 Divisionsverbänden beteiligt sein; 5 Divisionen sollen je drei motorisierte Brigaden umfassen, während die 6. Division, vorwiegend für den Einsatz in Übersee bestimmt, Fallschirm- und Luftlandeoperationen sowie amphibische Aktionen ermöglichen soll. Diese Divisionen werden mit modernen Waffen und Geräten ausgerüstet; ihr Kampf unter einer atomaren Bedrohung oder unter Atomkriegsverhältnissen setzt eine große Beweglichkeit und die Ausstattung mit taktischen Atomwaffen voraus. Die Luftwaffe ist an den Eingreifstreitkräften im wesentlichen mit dem 1. taktischen Luftwaffenkorps (CATAC) und dem militärischen Lufttransportkommando beteiligt. Das erste CATAC umfaßt ein Aufklärungsgeschwader, 7 Jagdgeschwader und zwei Brigaden mit Boden-Luft-Raketen vom Typ «Nike». Das militärische Lufttransportkommando verfügt mit 213 Maschinen verschiedener Typen über eine sofort einsetzbare Transportkapazität von 400 Tonnen. Die Marine und die Marine-Luftwaffe sind mit Ausnahme weniger Einheiten Bestandteil der Eingreifstreitkräfte, für die sie eine Gesamttonnage von 250 000 Tonnen Schiffsraum und 270 Flugzeuge und Hubschrauber stellen. Die Hauptaufgabe dieser Marinestreitkräfte, gegliedert in ein Mittelmeergeschwader und ein atlantisches Geschwader, besteht in der Sicherung der Seeverbindungen im westlichen Mittelmeer und im Nordostatlantik, in der Verteidigung der Küsten gegen Angriffe von der See aus und in der Unterstützung amphibischer Aktionen der Landstreitkräfte.

Von den Eingreifstreitkräften sind 6 Brigaden in Deutschland und das 1. taktische Luftwaffenkorps der NATO unterstellt. Die übrigen Eingreifstreitkräfte des Heeres und der Luftwaffe sind den französischen Oberbefehlshabern der Operationsbereiche Mutterland-Mittelmeer, Zentralafrika, Indischer Ozean oder Pazifik unterstellt.

Das *dritte System* bilden die *Streitkräfte der operativen Territorialverteidigung* (D.O.T.). Sie sollen feindliche Elemente, die nach Frankreich eindringen wollen oder die sich in Frankreich festgesetzt haben, vernichten. Die Streitkräfte des Heeres, der Luftwaffe sowie der Marine werden bereits im Frieden aufgestellt und durch eine Mobilmachung erheblich verstärkt. Bei den rund 10 Regionalbrigaden und den 100 Regimentern handelt es sich nicht um Territorialtruppen mit bloßen Bewachungsaufgaben, sondern um Kampftruppen, die in der Lage sein müssen, einen eingedrungenen Gegner zu bekämpfen. Unter Umständen müssen sie aber auch bei feindlicher Besetzung im Untergrund weiterkämpfen können. Sie müssen daher derart mit Waffen und Verbindungsmitteln ausgerüstet sein, daß sie sowohl auf klassische Weise wie im Kleinkrieg kämpfen können. Die Marine stellt der Territorialverteidigung kleinere Einheiten für die Küstenverteidigung und die Minensuche zur Verfügung. Um mit Aussicht auf Erfolg zu kämpfen, muß sich die Territorialverteidigung auf den Widerstandswillen der Bevölkerung stützen können. Die Aufgabe der operativen Verteidigung ist im Konfliktsfalle ausschlaggebend, denn eine gute innere Verteidigung ermöglicht es, schon in Friedens-

zeiten dem Kampfraum eine größere Tiefe zu geben und stärkt so die Abschreckungspolitik.

Zum ersten Mal in der französischen Militärgeschichte hat das Streben nach *Truppenstärken* nicht mehr den Vorrang. Die langfristige Planung sieht in Friedenszeiten einen Bestand der gesamten Streitkräfte unter 600 000 Mann vor (ohne Gendarmerie). Für die Territorialverteidigung ist im Kriegsfalle die Mobilisierung einer Million Mann vorgesehen, gegenüber 4 Millionen im Jahre 1939. Die Beschränkung der Bestände muß Hand in Hand gehen mit einer Verbesserung der Qualität der Rekrutierung wie der Ausbildung. Eine strengere Rekrutierung soll in Zukunft rund 25% (bisher 15%) der Wehrpflichtigen eliminieren und eine strengere Auswahl für den Besuch der Kriegsschulen soll die Qualität der Kader heben. Die allgemeine und die technische Ausbildung müssen auf allen Stufen angepaßt und verbessert werden. Dauer und Kosten der Ausbildung bedingen, daß die Mehrheit der Kader und der Spezialisten Berufssoldaten sein müssen. Trotz Reduktion der Bestände soll die Zahl der Berufsoffiziere nicht verringert, die Zahl der Unteroffiziere erhöht werden.

DIE BODENFRAGE

XII. Gießbach-Seminar des Redressement National

Die Tagung des Redressement National auf dem Gießbach, diese jeweils im Herbst im schöngelegenen Parkhotel ob dem Brienzersee stattfindende Begegnung zwischen jungen, in der Ausbildung stehenden Akademikern und älteren «Praktikern» von Wirtschaft und Wissenschaft, ist heute bereits eine ständige Einrichtung geworden. Wenn sie auch nach wie vor die gleiche Anziehungskraft speziell auf die Jungen ausübt, so hat sich doch die verantwortliche Tagungsleitung in diesem Jahr besonders bemüht, die Tradition auf den äußeren Rahmen zu beschränken, innerlich aber neue Wege zu versuchen. So sollte Gießbach diesmal nicht nur Stätte besinnlicher Gespräche sein, der Akzent lag vielmehr erkennbar auf der Zusammenarbeit zur Erringung formulierbarer gemeinsamer Ergebnisse. Den Teilnehmern war schon vor Beginn des Seminars eine umfangreiche Dokumentation über das Thema, *die Bodenfrage*, zum Studium zugestellt worden, nebst detaillierten Vorschlägen über die Ausgestaltung der Diskussionen. Dies führte, zusammen mit dem Umstand, daß sich das Redressement gegenwärtig auch andernorts intensiv mit der Bodenfrage auseinandersetzt, zu sehr lebhaften, alle Teilnehmer zur Mitsprache anregenden Diskussionen, wenn auch natürlich die zeitliche Knappheit und die Vielzahl geformter Überzeugungen keine umfassende Klärung der Frage erlaubte.

Nach den Begrüßungsworten durch den Präsidenten des Redressement, C. Mumenthaler, Zürich, und den Tagungsleiter, Dr. E. Seiler, gab Dr. O. Meßmer einleitend einen «Überblick über das heutige Bodenproblem». Die gegenwärtige, fast explosionsartige Steigerung der Bodenpreise, die Folge der natürlichen, durch Hortung künstlich verschärften Knappheit an Boden, hat die Diskussion um dieses dem Menschen so unentbehrliche Gut wieder angefacht. Dabei mehren sich die Stimmen, die das Bestehen von Privateigentum an Grund und Boden überhaupt in Frage stellen, sei es aus Verärgerung über die Spekulation, sei es, weil man glaubt, anders ließen sich die Aufgaben der öffentlichen Hand — zum Beispiel die Landesplanung — nicht verwirklichen, sei es aus grundsätzlichen Überlegungen. Die Verfügung des Privaten über sein Grundeigentum ist heute bereits stark eingeschränkt, vor allem im Hinblick auf öffentlich-rechtliche Erfordernisse. Doch ist die Verteidigung des Prinzips des privaten Grundeigentums

eng mit der Erhaltung der politischen Freiheit verknüpft; zwischen beiden besteht ein unlösbarer Zusammenhang. Die Ursache des Bodenproblems, die Knappheit an Boden, muß anders als durch Verstaatlichung behoben werden. Dr. Meßmer zählte einen ganzen Katalog möglicher Maßnahmen auf, freiwillige Vorkehren und Zwangsmaßnahmen. Er beleuchtete auch die Problematik des Vorentwurfes einer Revision des Bundesgesetzes über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes. Er betonte aber, daß der heute stattfindende Generalangriff auf das Privateigentum an Boden vor allem einer prinzipiellen Besinnung auf die Wurzeln des Problems ruft und nur dadurch erfolgreich bekämpft werden kann.

In den folgenden Referaten wurden zwei Konkretisierungen dieses Angriffes aufgezeigt. Nationalrat Dr. W. Raißig unterzog die Verfassungsinitiative der sozialdemokratischen Partei zur Bodenfrage einer kritischen Würdigung, während sich anschließend R. Deonna mit der ähnlich gerichteten kantonalen Initiative der Genfer PdA auseinandersetzte. Die in der sozialdemokratischen Initiative genannten Ziele sind, so meinte Dr. Raißig einleitend, in der Formulierung — Verhinderung einer ungerechtfertigten Steigerung der Bodenpreise, Verhütung der Wohnungsnot und Förderung der Landesplanung — viel zu unbestimmt, um als brauchbarer Verfassungstext dienen zu können. Wann wäre denn beispielsweise eine Preissteigerung gerechtfertigt? Mit den vorgeschlagenen Mitteln — Vorkaufsrecht und erweitertes Enteignungsrecht der öffentlichen Hand — lassen sich die Ziele, wenigstens die beiden erstgenannten Hauptziele, nicht verwirklichen. Würden das Vorkaufsrecht und das Enteignungsrecht nach der geltenden Rechtsordnung ausgestaltet, dann wirkten sie selber preistreibend. Die öffentliche Hand würde ihre gegenwärtige Bodenhortungspolitik verstärken. Müßte aber das Land wiederverkauft werden, dann wären dem Mißbrauch und der Korruption Tür und Tor geöffnet. Die Initiative weist in die Richtung auf die Verstaatlichung des Bodens. Diese Tendenz würde noch intensiviert, wenn das Vorkaufsrecht und die Enteignung zu limitierten Preisen ausgeübt werden könnten, eine Frage, die der Initiativtext offenläßt. Der öffentlichen Hand würde eine ungeheure Machtfülle überantwortet, die auch die Lenkung der Wirtschaft — über den Standort — umfassen würde. Die Grundlage unserer heutigen Lebensordnung würde dadurch umgestoßen.

Mit ähnlichen Argumenten kritisierte R. Deonna die Initiative der Genfer PdA — auch sie sieht ein Vorkaufs- und ein erweitertes Enteignungsrecht der öffentlichen Hand vor und verlangt daneben, daß von den Gemeinden in den nächsten zwei Jahren 2000 Wohnungen zu erstellen wären. Nachdem die Nichtüberweisung der Initiative durch den Genfer Großen Rat — er betrachtete sie als verfassungswidrig — vom Bundesgericht nicht geschützt wurde, wird nun das Genfer Volk darüber zu befinden haben. Eine Verwirklichung würde mannigfaltige Probleme aufwerfen. Könnte zum Beispiel der Staat das Vorkaufsrecht auch auf Aktien von Immobilien-Gesellschaften ausüben und wie sollte das geschehen? Ist die öffentliche Hand in der Lage, neben der Bewältigung der riesigen Aufgaben bezüglich öffentlicher Werke auch noch als privater Bauherr großen Stils aufzutreten? Die Annahme der Initiative würde nicht zur Behebung der Wohnungsnot führen. Bessere Lösungsmöglichkeiten wären die Erstellung eines langfristigen Zonenplanes zur Dämpfung des Spekulationsfiebers, eine Aktion ähnlich der Güterzusammenlegung zur Beseitigung der vielen kleinen, schlecht ausgenützten Parzellen in den Städten und die Ergreifung konjunkturkonformer Maßnahmen zur Unterstützung der Bautätigkeit.

In vier Kurzreferaten wurden speziell die Möglichkeiten der Landesplanung und des Schutzes des bäuerlichen Grundbesitzes besprochen. Das Gewicht wurde vor allem auf Großzügigkeit und auf die Pflicht zum Denken in langfristigen Zeiträumen gelegt, ohne die eine Planung Stückwerk bleiben muß.

Den Diskussionen in kleineren Gruppen wurde wieder ein bedeutender Teil der Tagung reserviert. Die einzelnen Diskussionskreise besprachen die Möglichkeiten planerischer, marktbeeinflussender und staatspoli-

tischer Maßnahmen zur Lösung der Bodenfrage. Auch die sozialdemokratische Initiative wurde von einer Gruppe noch einmal eingehend kritisiert. Die Ergebnisse der Gruppengespräche wurden im Plenum zur Debatte gestellt. Den Versuch einer Synthese der Tagung unternahm zum Abschluß des Seminars Dr. R. Rohr. «Unsere Antwort auf die Bodenfrage» kann allerdings nur in der Festsetzung einer Lösungsrichtung bestehen, unter Skizzierung einiger Maßnahmen, die eine Annäherung erleichtern. Es sind verschiedene Momente, die uns heute zu einer Auseinandersetzung mit dem Problem zwingen. Neben der Tatsache der übersetzten Bodenpreise mit ihren mannigfaltigen unerwünschten Folgen sind es vor allem die Gefahr einer stillen Kollektivierung des Bodens durch intensive Landkäufe der öffentlichen Hand unter Billigung bürgerlicher Mehrheiten — die Stadt Zürich besitzt beispielsweise heute 22 km² verwertbaren Landes —, die Gefahr einer Konzentrierung des Bodenbesitzes in der Hand anonymer Immobilien-Gesellschaften und als Folge die Gefahr der Resignation des einzelnen in seiner Hoffnung, jemals ein eigenes Heim besitzen zu können. Unser Grund und Boden ist wirklich ein «besonderes Gut». Als wichtiger Produktionsfaktor und Basis des Wohnens darf er nicht dem Staat übereignet werden. Auch ein staatliches Vorkaufsrecht ist abzulehnen, denn das Recht, Grundeigentum erwerben zu können, ist ein ebenso wichtiges Recht wie dasjenige, Eigentum behalten zu können. Um die Marktsituation zu beruhigen, muß die Erschließung von Bauland gefördert und der bauunwillige Eigentümer zum Verkauf ermuntert werden. Dazu können steuerliche Maßnahmen mithelfen. Das Eigentum an Grund und Boden darf zum Beispiel steuerlich gegenüber anderem Eigentum nicht mehr privilegiert werden. Zur Förderung der Gemeindeplanung sollen Bausperren bis zu 15 Jahren ausgesprochen werden können, jedoch unter voller Schadloshaltung der Eigentümer. Die Bildung einer Landwirtschaftszone wirft schwere Probleme auf. Sollen wieder Mauern um unsere Städte errichtet werden? Doch könnten Zonen bezeichnet werden, in denen der Landerwerb durch juristische Personen erschwert wäre. Unser Ziel muß eine möglichst große Streuung des Eigentums sein. Deshalb ist der Ausbau der Verkehrswege erforderlich sowie die Förderung des Baues von Siedlungen mit Eigenheimen und die Einführung des Stockwerkeigentums. Zur Bekämpfung von Auswüchsen sollten neutrale Gutachtergremien gebildet werden, die jeder Verkäufer um Rat fragen könnte. Die Möglichkeit von Sperrfristen ist zu bejahen. Innerhalb der Sperrfrist wären Verkäufe durch öffentliche Versteigerung denkbar. Zum Schluß erläuterte Dr. Rohr unter dem Motto «Von der Diskussion zur Aktion» das Aktionsprogramm des Redressements für den Kanton Zürich, das sieben Punkte umfaßt: 1. Erstellung eines strukturgerechten Zonenplanes für alle Gemeinden; 2. Beschleunigung des Quartierplanverfahrens; 3. Erleichterungen für den bauwilligen Grundeigentümer; 4. Übersicht über das baureife Land; 5. Kantonales Erschließungsprogramm für jährlich 1 Million m²Land; 6. Förderung der Regionalzentren und 7. Kampf der Bodenhortung. Dr. Rohr rief die Tagungsteilnehmer auf, durch Gründung von Studiengruppen mitzuhelfen, ähnliche Aktionsprogramme für andere Kantone auszuarbeiten.

Der Tagungsleiter durfte die Teilnehmer in der Gewißheit entlassen, daß sie mit Anregungen reichbefrachtet heimkehren würden. Und auch das andere Ziel dieser Zusammenkünfte, bleibende Kontakte zu vermitteln, wurde sicher erreicht, sorgten doch die jungen Teilnehmer mit gewohntem Eifer dafür, daß das gesellige Leben nicht zu kurz kam.

Walter Rapold